

Sozialer Fortschritt – jetzt!

Geschätzte Kolleginnen und Kollegen
Geschätzte Gäste

Ich werde heute mein Referat zum Tag der Arbeit unter den Titel „nachhaltige Wirtschaftspolitik – eine gewerkschaftliche Sicht“ stellen.

Zu einer nachhaltigen Wirtschaftspolitik aus Gewerkschaftssicht gehören faire Löhne.

Betrachten wir die heutige Situation, stellen wir fest, dass der wirtschaftliche Aufschwung seit längerem solid ist. Ausser der UBS schreiben fast alle Unternehmen glänzende Abschlüsse. Scheinbar nimmersatte Spitzenmanager scheffeln dabei weiterhin ihre Millionen.

Und, wie entwickeln sich in diesem Umfeld die Löhne der normalen Beschäftigten?

Auch die Löhne der Durchschnittsverdienenden haben sich in den letzten zwei Jahren etwas positiver entwickelt. Dazu beigetragen haben zweifellos auch die Kampagnen der Gewerkschaften. Aber, allzu viele Arbeitnehmende verdienen noch lange nicht das, was sie für ihren täglichen Einsatz am Arbeitsplatz verdienen müssten. Die Lohngleichheit kommt nur schleppend voran. Frauen erhalten laut neusten Erhebungen im Durchschnitt 24% weniger Lohn als ihre männlichen Kollegen in vergleichbaren Stellungen. Das ist ungerecht. Dieser alte Zopf gehört abgeschnitten. Es braucht gute Anstellungsbedingungen und faire Löhne für alle. Unabhängig vom Geschlecht oder Nationalität. Das wirkt nachhaltig. Für mich ist klar:

- Alle Löhne sollten jetzt spürbar und generell steigen. Nicht nur jene, der oberen Etagen.
- Ein Vollzeitpensum muss mindestens die Existenz sichern können, deshalb braucht es verbindliche Mindestlöhne für Arbeitnehmende in allen Branchen.
- Generell sollte es für eine Vollzeitstelle keine Löhne mehr unter 3500.- Franken geben.
- Und, es braucht mehr Lohnkontrollen im Rahmen der flankierenden Massnahmen – denn, Lohndumping darf trotz Personenfreizügigkeit keine Chance haben und Schwarzarbeit darf sich nicht lohnen.

Geschätzte Kolleginnen und Kollegen
Geschätzte Gäste

Zu einer nachhaltigen Wirtschaftspolitik gehört auch eine gute Schul- und Berufsbildung.

Wo stehen wir heute?

Noch allzu oft wird im Bildungsbereich gespart. Damit sägen wir am Ast des eigenen Denk- und Werkplatzes Schweiz.

Auch die Berufsausbildung wird in vielen Betrieben kurzfristig vernachlässigt. Nur noch rund 1/3 der Arbeitgeber bildet aktiv junge Berufsleute aus. Es fehlen deshalb auch dieses Jahr noch immer Lehrstellen. Jährlich finden im Aargau rund 250 Jugendliche nach der obligatorischen Schulzeit keine weiterführende Ausbildung. Das sind 250 zu viel.

Viele Jugendliche werden so um ihre berufliche und gesellschaftliche Integration geprellt. Das hinterlässt negative Langzeitfolgen und hohe Kosten. Für mich ist deshalb klar:

- Es muss ein zentrales Ziel bleiben, dass möglichst für alle Schulabgänger/innen eine Lehrstelle oder eine weiterführende Bildung gefunden wird.
- Wenn es die Privatwirtschaft selber weiterhin nicht schafft, dieses Problem zu lösen, muss mit politischen Lenkungsmaßnahmen eingegriffen werden. Die Wirtschaft müsste stärker in Pflicht genommen werden: Wer ausbildet, sollte belohnt werden, wer sich davor drückt, sollte zur Kasse gebeten werden.

Geschätzte Kolleginnen und Kollegen,
Geschätzte Gäste

Zu einer nachhaltigen Wirtschaftspolitik gehören auch gesunde Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer und gesunde Konsumentinnen und Konsumenten.

Wo stehen wir aktuell im Gesundheitswesen?

Das Gesundheitssystem in der Schweiz ist nicht wie in Frankreich, England oder Kanada für Kranke praktisch gratis, respektive allein durch einkommensabhängige Steuern finanziert. Im Gegenteil, wir haben für die Grundversicherung ein unsoziales Kopfprämienystem. Und alles mögliche kostet noch extra. Untere und mittlere Einkommen werden mit dem heutigen System massiv belastet. Tendenz steigend. Manche Familien bezahlen jetzt schon mehr Krankenkassenprämien als Steuern.

Was es braucht, ist ein Gesundheitssystem, dass für alle Menschen eine gute Grundversorgung zu einem erschwinglichen Preis garantiert. Deshalb ist für mich klar:

- Die unsozialen Kopfprämien bei der Grundversicherung müssen abgeschafft werden.
- Es darf auch künftig keinen Wettbewerb auf Kosten der Kranken geben.
- Die Solidarität zwischen Gesunden und Kranken muss wieder im Vordergrund stehen.

Wenn wir in Sachen Gesundheitswesen für die Zukunft das „wir“ statt das „ich“ wieder ins Zentrum stellen wollen, müssen wir am 1. Juni ein NEIN zur Zweiklassenmedizin in die Wahlurne legen.

Es darf nicht sein, dass künftig die eigene Gesundheit noch mehr von den persönlichen finanziellen Möglichkeiten abhängt.

Geschätzte Kolleginnen und Kollegen

Geschätzte Gäste

Zu einer nachhaltigen Wirtschaftspolitik gehört auch eine aktive Familienpolitik. Wir benötigen endlich eine Familienpolitik, die diesen Namen auch verdient. Dazu gehören:

- Blockzeiten an den Schulen
- familienergänzende Betreuungsstrukturen
- gerechte Kinder- und Ausbildungszulagen
- und die Einführung eines mindestens einwöchigen Vaterschaftsurlaubes.

Gerade bei der Anpassung der Kinder- und Ausbildungszulagen ist das bewusste Trödeln des heutigen Aargauer Regierungsrates skandalös. Im Aargau wurde trotz klarem Ja-Anteil von 68% in der Volksabstimmung vom 26. November 2006 die Erhöhung der Kinderzulage mit Ausreden blockiert und verzögert.

So, dass nun diese Anpassung von 170 auf 200 Franken bei den Kinderzulagen respektive auf 250 Franken bei den Ausbildungszulagen erst per 1. Januar 2009 erfolgt. Damit ist der Aargau unnötigerweise bei einem wichtigen Familien- und sozialpolitischen Anliegen einmal mehr das unrühmliche Schlusslicht. Das ist nicht nachhaltig gedacht und gehandelt, denn unsere Kinder sind auch die Zukunft unserer Wirtschaft.

Dieses und viele andere Beispiele der letzten Jahre zeigen es: Es ist höchste Zeit, dass die SP wieder im Aargauer Regierungsrat vertreten ist!

Mit Urs Hofmann steht ein kompetenter Sozialdemokrat und Gewerkschafter bereit. Verhelfen wir ihm bei den kommenden Regierungsratswahlen zum Sieg, damit der Aargau wieder einmal für positive Schlagzeilen sorgt!

Geschätzte Kolleginnen und Kollegen
Geschätzte Gäste

Eine nachhaltige Wirtschaftspolitik ist nur in einer gesunden Umwelt möglich.

Allzu oft wird kurzsichtiges Profitstreben über den Umwelt- und Gesundheitsschutz gestellt. Das führt in die Sackgasse. Bund, Kanton und Gemeinden sollen in den öffentlichen Verkehr investieren und erneuerbare Energien fördern. Im Aargau gibt es beispielsweise beim Nachrüsten einer bestehenden Liegenschaft mit Sonnenkollektoren vom Kanton 1500.- Franken Pauschalsubventionen. Das ist ein guter Ansatz. Mit solchen konkreten Aktionen im Bereich der erneuerbaren Energien und mit Investitionen in den öffentlichen Verkehr kann die öffentliche Hand sinnvoll Umweltpolitik betreiben und gleichzeitig Arbeitsplätze schaffen.

Wir alle wollen eine nachhaltige Wirtschaftspolitik.
Dafür braucht es soziale Gerechtigkeit und eine gesunde Umwelt.

Mit unserem persönlichen Einsatz und unserem persönlichen Engagement schaffen wir sozialen Fortschritt in einer gesunden Umwelt, hier und jetzt!

Ich danke allen, die dazu beitragen, hier in Wohlen und anderswo. Merci.